

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

29.8.1925 (No. 199)

Expedition:
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. K. Seyfried
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr.
Eingehummert 10 Goldpfennig. — Sonntags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

England und Amerika
im Welthandel

Aus Newyork wird berichtet:
Die in Washington erscheinende amtliche wirtschaftliche
Wochenchrift „Commerce Reports“ hat in einer ihrer
letzten Nummern eine sehr aufschlußreiche Untersuchung
über die Stellung Englands und der Vereinigten
Staaten im Welthandel veröffentlicht, aus der die folgenden
Angaben von allgemeinem Interesse sind:

An der englischen Einfuhr waren im Jahre 1913, dem
letzten Jahre vor dem Weltkrieg, Europa und Nord-
amerika mit 64 Prozent beteiligt, während bei der Aus-
fuhr engl. Waren ihr Anteil sich auf 47 Proz. bezifferte.
Für das Jahr 1. April 1924 bis 31. März 1925 lauten
die entsprechenden Ziffern 61 bzw. 46 Proz.

Wesentlich konzentrierter stellt sich im Vergleich dazu
der amerikanische Außenhandel dar. Er weist im Durch-
schnitt der Jahre 1910—14 für Europa und das übrige
Nordamerika, vor allem Kanada, bei der Einfuhr eine
Beteiligung von 70 Prozent und bei der Ausfuhr eine
solche von 85 Proz. auf. Im Jahre 1924 betrug der
Anteil Europas und Nordamerikas 58 bzw. 77 Proz.

Während also der englische Handel namentlich in der
Ausfuhr sich in breitem Strome über die ganze Welt
ergießt, konzentriert er sich bei den Vereinigten Staaten
in der Hauptsache auf die benachbarten Staaten und
Europa. Die englische Verteilung des Außenhandels
erscheint zweckmäßiger, da hier schneller und besser eine
gleichmäßige Verteilung der Konjunktur sich ermöglichen
läßt. Ist der heimische Markt oder ein fremdes Absatz-
gebiet zeitweise weniger aufnahmefähig, so kann der
hier entstehende Verlust leicht auf die übrigen Abnehmer
verteilt werden. Während bei der nordamerikanischen
Union 16 Länder an der Ausfuhr amerikanischer Waren
beteiligt sind, zählt England 26 solcher Absatzgebiete.

Die folgende Übersicht gibt einige Beispiele für die
Beteiligung europäischer und außereuropäischer Länder
an der englischen bzw. amerikanischen Ausfuhr in den
benannten Nachkriegsjahren.

Table with 3 columns: Land, Anteil an der englischen Ausfuhr, Anteil an der amerikanischen Ausfuhr. Includes Germany, England, USA, France, Italy, Belgium, Holland, Canada, Japan, China, Argentina.

Deutschlands Anteil an der amerikanischen Ausfuhr ist
also größer als der jedes anderen europäischen Landes
mit Ausnahme von England und auch größer als der
jedes außereuropäischen Landes mit Ausnahme von
Kanada.

Betrachten wir nun die warenmäßige Zusammen-
setzung der Ausfuhr beider Länder, so spielt bei beiden
die Baumwolle die Hauptrolle. Bei dem einen Lande,
den Vereinigten Staaten, das Rohprodukt, bei dem an-
deren als Fertigware, und zwar beträgt der Prozentan-
teil bei beiden etwa 20 Prozent. In der amerikanischen
Ausfuhr folgt dann der Weizen mit 5,3 Proz., in der
englischen die Kohle mit 9,8 Proz.

Bei England liegt dann das Hauptgewicht auf indus-
triellen Fertigfabrikaten, bei den Vereinigten Staaten
auf landwirtschaftlichen und industriellen Rohprodukten
und in geringerem Maße Fertigwaren. In dieser ver-
schiedenen Gliederung der Ausfuhr kommt die ver-
schiedene wirtschaftliche Struktur der beiden Länder klar
und deutlich zum Ausdruck. England und Amerika
ergänzen sich viel mehr, so stellen die „Commerce Re-
ports“ fest, als daß sie sich Konkurrenz machen.

Das gleiche Bild ergibt auch eine entsprechende
Gegenüberstellung der Einfuhr der beiden Länder. Beide
bedürfen ihren Einfuhrbedarf in der Hauptsache in
21 Ländern mit dem Unterschied jedoch, daß England
in größerem Umfange die kleineren Wirtschaftsgebiete
heranzieht als die Vereinigten Staaten. Rohstoffe und
Nahrungsmittel stellen in der englischen Einfuhr das
Hauptkontingent, letztere sind in der amerikanischen
Einfuhr dagegen von weit geringerer Bedeutung.

Die Paktverhandlungen

Der amtliche britische Funkdienst meldet: In London herrscht
allgemeine Befriedigung, daß nunmehr die Verhandlungen
durch Notenwechseln der in Frage kommenden Regierungen
beendet sind. Man glaubt zuversichtlich, daß diese Zusammen-
kunft der technischen Berater eine baldige Konferenz der
Außenminister am runden Tisch zur Folge haben wird.

Nach dem Pariser „Temps“ werden sich die nunmehr be-
ginnenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt wahr-
scheinlich in folgender Form abspielen: Zunächst würden die
juristischen Sachverständigen in der nächsten Woche miteinan-
der Fühlung nehmen. Dabei werde es sich aber nur um eine
Vorbereitungsarbeit handeln und die Grundzüge, über die sich
die Sachverständigen einigen würden, würden keine endgültige
Verpflichtung bedeuten. Nach Beendigung der Sachverständigen-
arbeiten der vier beteiligten Mächte würden sich die
Außenminister voraussichtlich in der zweiten September-
hälfte in der Schweiz, wahrscheinlich in Lausanne, treffen.
Sollten sich die vier Außenminister grundsätzlich einig
werden, so könnte dann im Verlaufe des Oktober eine richtige
Konferenz einberufen werden, deren Gegenstand der Abschluß
des Sicherheitspaktes wäre. Dann bleibe noch übrig, einen
Beschluß über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund
zu fassen und man könne deshalb eine Sondertagung des
Völkerbundes für Ende dieses Jahres voraussehen.

Die deutsche Antwort

Die der französischen Regierung am 27. August überreichte
Antwort der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der fran-
zösischen Note vom 24. August zu bestätigen. Die am Schluß
der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fort-
setzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer we-
sentlichen Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheits-
paktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der
deutschen Regierung, die den Wunsch nach möglichster
Vesehleunigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli aus
ihrem tiefen Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die
deutsche Regierung begrüßt deshalb die von Sr. Erz. dem
französischen Herrn Botschafter mündlich erteilte Anregung,
daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens,
Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammen-
treffen, um den deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu
geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über
die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehen-
den Probleme zu unterrichten. Unter diesen Umständen
glaubt die deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt
zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note
vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen
Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellung-
nahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt ab-
sehen zu sollen.

Die Stinnessanierung

Das Sanierungswert für den Stinness Konzern ist insofern
an einem Wendepunkt angelangt, als das Konfortium in der
Reichsversammlung unter Vorsitz des Präsidenten Schacht eine Schluf-
fassung abhielt, die nach der grundsätzlichen Lösung der Sa-
nierung die Auflösung des Konzernsforiums brachte. Über
die Einzelheiten der gefundenen Lösung wird berichtet:

In Abereinstimmung der führenden Banken mit der Familie
Stinnes werden die Kohleninteressen des Konzerns in einer
neuen Kohlenhandels A.-G. mit einem Kapital von 25 Mil-
lionen zusammengefaßt. In diese Aktiengesellschaft werden
alle Werte eingebracht, die die Grundlage für diesen Zweig
der Stinnesschen Interessen bilden, darunter aus 42 000
Tonnen Rheinische und 50 000 Tonnen Seefohlenampfer.
Ferner erhält die Gesellschaft die Majorität des Wülheimer
Bergwerks-Bereichs und eine Option auf die Majorität der
Ruze der Jode Mathias Stinnes. Die Option gibt der Ge-
sellschaft die Möglichkeit, die Ruze in einem späteren Stadium
der Entwicklung zu einem festen Preis zu übernehmen, doch
werden die Verkaufsverhandlungen der Augenmajorität in-
zwischen weiter geführt.

An der Kohlenhandels A.-G. werden sich industrielle Kreise
beteiligen. Außerdem wird eine Beteiligung der Familie
Stinnes vorbehalten, die nach Tilgung aller Verbindlichkeiten
für sie frei wird. Es wird erklärt, daß die das Konfortium
führenden Banken auf jede Provisionszahlung verzichtet ha-
ben.

Der Gesamtstatus des Stinnesskonzerns zeigt heute noch
eine Gesamtschuld von ca. 112 Millionen zuzüglich 8 Millionen
Bürgschaften. Diesen Verpflichtungen stehen Werte gegen-
über, die, vorsichtig gerechnet, 140 Millionen Mark betragen,
so daß die Befriedigung aller Gläubiger gesichert ist.

Es ergibt sich also aus dieser Darstellung, daß der schwer-
fällige Apparat des Sanierungskonfortiums, das aus 22 Mit-
gliedern bestand, fallen gelassen wurde und daß die vier
Banken das Sanierungswert allein zu Ende führen. Die
Dresdener Bank war bisher an der Stützungsaktion nicht be-
teiligt. Die Tatsache, daß die Auflösung des Konfortiums
unter dem Protektorat des Reichsbankpräsidenten Schacht voll-
zogen wurde, erweist, daß Dr. Schacht bei der Inangriffnahme
eine hervorragende Rolle gespielt hat. Es ist nun zu hoffen,
daß das Sanierungswert reibungslos zu einem guten Ende
geführt wird.

Die Geschäftsaufsicht über die A.G. genehmigt. Das „Berl.
Tagbl.“ meldet, daß die beantragte Geschäftsaufsicht über die
A.-G. für Automobilbau von dem zuständigen Landgericht ge-
nehmigt sei.

Mit der Beilage: Heimattag in der Landeshauptstadt Karlsruhe

Politische Neuigkeiten

Der Kampf um das Stickstoffwert Chorzow

Der Schiedsgerichtshof in Haag verkündete in feierlicher
öffentlicher Sitzung seine von Polen bestrittene Zuständigkeit
in Sachen des von Deutschland beantragten Urteils über das
von Polen enteignete Stickstoffwert Chorzow. Polen hat
Ende 1923 das im polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens
liegende Stickstoffwert, das den deutsch-oberschlesischen
Stickstoffwerken gehört, ohne jede Entschädigung samt den dazu-
gehörigen großen Vorräten an Rohstoffen und Fabrikate be-
schlagnahmt. Seit langer Zeit mißt Polen die Patente dieses
Wertes widerrechtlich aus. Da eine Einigung mit Polen nicht
möglich war, hat Deutschland die Streitfrage dem Haager
Weltgerichtshof unterbreitet.

Der Weltgerichtshof hat sich jetzt für zuständig erklärt. Die
Verhandlungen des Streitfalles selbst wurde auf den Januar
1926 anberaumt.

Die Eisenbahnerorganisation an den
Reichsarbeitsminister

Die Beisitzer in der Streitsache der Eisenbahner haben
an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in
dem es u. a. heißt:

Die am Donnerstag in Berlin unter dem Vorsitz des Ober-
bürgermeisters a. D. Fietzen geführten Verhandlungen nah-
men einen derartigen Verlauf, daß sich die Beisitzer der Ar-
beitsminister veranlaßt sahen, ihre Mitarbeit in der Schlich-
tungskammer einzustellen. Im Verlaufe der Aussprache ent-
stand für die Beisitzer der Arbeitnehmer der Verdacht, daß
die Beisitzer der Arbeitgeber von der Absicht des Vorhanges
über den bis dahin behandelten Punkt „Allgemeine Lohner-
höhung“ schon unterrichtet waren, während die Beisitzer der
Arbeitnehmer sich im unklaren befanden. Dieser Umstand
und die Ablehnung der von den Arbeitnehmer-Beisitzern ge-
stellten Anträge auf Vertagung bezw. Unterbrechung der
Sitzung führten zu Differenzen, die sich in der Kammer,
ohne daß der Vorliegende die objektive Leitung in der Hand
behielt, so zuspitzten, daß die Beisitzer der Arbeitnehmer die
Sitzung unter Protest verließen.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost sind mit Rück-
sicht auf die zurzeit schwebenden Maßnahmen der Reichs-
regierung bis Anfang September vertagt worden.

Das Ende des Arbeitskampfes im Baugewerbe

Zum Arbeitskampf im Baugewerbe teilt der Deutsche Ar-
beitgeberbund für das Baugewerbe (Berlin) mit:

Die Verhandlungen welche am Donnerstag, den 27. 8., 2 Uhr
nachmittags im Reichsarbeitsministerium ihren Anfang nah-
men, haben nach 17 stündiger Dauer am Freitag früh zu einer
Einigung für sämtliche im Arbeitskampf befindlichen Bezirke
geführt. Neben Groß-Berlin, Freistaat Sachsen, Provinz
Sachsen, Anhalt, Magdeburg, Kassel und Mecklenburg wurden
auch die Lohnverhältnisse für Baden einschließlich Mannheim-
Ludwigshafen geregelt. Für Mittel- und Oberbaden beträgt
der Facharbeiterlohn 1,12, der Bauhilfsarbeiterlohn 90 Pfg.,
für Unterbaden entsprechend 1,15 und 92 Pfg., jeweils Ost-
klasse I. Der Lohn der Gipser ist jeweils 10 Pfg. höher als
der Facharbeiterlohn. Die Laufzeit geht vom 31. August bis
30. November 1925. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Montag.
Maßregelungen dürfen von beiden Seiten nicht stattfinden.

Für den Zusammenschluß zwischen Deutsch-Oster-
reichs und Deutschland. Vom Reichsverband deutscher
Post- und Telegraphenbeamten wird mitgeteilt: Die Ver-
treter der österreichischen Postgewerkschaft und der größten
deutschen Postverbände trafen am 28. August in Berlin zusam-
men, um zur Frage der Werbung für den Zusammenschluß
Deutsch-Osterreichs und Deutschlands Stellung zu nehmen.
Es wurde beschlossen, Anfang Oktober ds. Js. große öffent-
liche Kundgebungen des Post- und Telegraphenpersonals in
Wien und Berlin zu veranstalten. Mit den Vorbereitungs-
arbeiten wurde ein besonderer engerer Ausschuss betraut.

Konflikt zwischen der Bundesregierung und der Regierung
von Neu-Südwales. Der Präsident der Bundesregierung von
Australien, Bruce, hat dem Bundesparlament einen Geset-
zentwurf überreicht, nach dem eine besondere Polizeitruppe ge-
schaffen werden soll. Dieser Gesetzentwurf steht in Verbin-
dung mit dem Seemannsstreik und der Weigerung der Regie-
rung von Neu-Südwales, die Anordnungen der Bundesre-
gierung auszuführen. Neunter zufolge besteht Grund zu der
Annahme, daß der Seemannsstreik in Australien nur noch
von kurzer Dauer sein wird.

Urlaubsantritt des Reichsarbeitsministers. Der Reichsar-
beitsminister hat einen mehrtägigen Urlaub angetreten.
Seine Vertretung führt der Staatssekretär im Reichsarbeits-
ministerium Dr. Weib.

Der frühere Abg. Weinhausen f. Der Herausgeber des
„Demokratischen Zeitungsdienstes“, der frühere langjährige
Reichs- und Landtagsabgeordnete für Danzig, Ferdinand
Weinhausen, ist am Freitag in Berlin im Alter von
58 Jahren gestorben.

Aus der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Eine stark
besuchte Funktionärerversammlung der Textilarbeiter aus Mit-
tel- und Westsachsen, sowie der thüringischen Textilindustrie
in Leipzig nahm am Freitag Stellung zu dem am 28. August
vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch, der eine
Lohnerhöhung von 10% vortreibt. Die Konferenz lehnte den
Schiedspruch einstimmig ab, so daß ein Kampf nunmehr un-
vermeidlich erscheint.

Auslands-Stellenvermittlung

Von der vom Reichsministerium des Innern als gemeinnützige Auswandererberatungsstelle anerkannten Auslandsabteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wird uns über die Auslands-Stellenvermittlung mitgeteilt, daß sie infolge der noch immer bestehenden ungünstigen weltwirtschaftlichen Lage außerordentlich darniederliegt. Die meisten europäischen Länder lassen deutsche Angestellte wegen der Stellenlosigkeit im eigenen Lande zu dauerndem Aufenthalt nicht zu. Auch im außereuropäischen Auslande sind dem Deutschen noch längst nicht alle Länder wieder freigegeben worden. Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika ist bekanntlich sehr stark beschränkt worden. Außerdem sind die Einwanderungsbestimmungen nicht von jedem zu erfüllen. Die Zentral- und Südamerika-Staaten machen dagegen keine Schwierigkeiten, doch ist es niemand zu raten, auf gut Glück nach diesen Ländern auszuwandern, weil selbst unter den dortigen Deutschen eine große Stellenlosigkeit herrscht und schon mancher angewanderte Deutsche wegen völliger Mittellosigkeit elend zugrunde gegangen ist. Der Einreise in die englischen und französischen Kolonien stehen so viele Schwierigkeiten gegenüber, daß sie noch immer als unmöglich bezeichnet werden muß. Der Bedarf an deutschen Angestellten im Auslande ist sehr zurückgegangen und dürfte in den nächsten Jahren die Friedensstärke noch längst nicht wieder erreichen.

Eine englische Darstellung zur Lage in Marokko

Die Londoner „Times“ berichten aus Tanger: „Noch vor einigen Tagen schien es, als ob die französische Offensive gegen die Rifstämme nur auf geringen Widerstand stoßen werde. Berichte nicht nur von der Front, sondern auch aus dem Hinterland selbst, führten zu der Annahme, daß Abd el Krim alle seine regulären Truppen aus diesem Distrikt zurückgezogen und es den aufständischen Stämmen im Norden des französischen Protektorats überlassen habe, selbst zu kämpfen oder sich zu unterwerfen. Als in der letzten Woche General Boichat den Kufstamm erfolgreich umzingelte und seine Unterwerfung erreichte, schien kein Zweifel über Abd el Krims Absichten zu bestehen, die aufständischen Protektoratsstämme ihren eigenen Anstrengungen zu überlassen. Dies ist jedoch anscheinend absolut nicht erfolgt; denn der französische Angriff auf den benachbarten Branesstamm hat die Tatsache enthüllt, daß die Rifstämme wieder in beträchtlicher Stärke zurückgekehrt sind und hartnäckigen Widerstand zu leisten beabsichtigen. Die Kämpfe am letzten Mittwoch in diesem Bezirk waren sehr schwer und es gelang den französischen Truppen nur mit großer Anstrengung, ihr Ziel zu erreichen.“

Die Hoffnung, daß die Operationen bald abgeschlossen sein werden, scheint jetzt wenig erfüllbar. Es sei, so fährt der Berichterstatter fort, z. B. unwahrscheinlich, daß ein allgemeiner Vormarsch auf der ganzen Front stattfinden werde. Verschiedene Gelegenheiten würden jedoch ausgenutzt werden, um zu einem bestimmten Zeitpunkt an verschiedenen Stellen vorzudringen, je nach dem Widerstand, auf den man stoße. Es werde gehofft, durch dieses Mittel die Rifstämme zu beschäftigen, um ihre Bewegungen auszunutzen zu können. Die Absichten der Rifstämme seien in ein großes Dunkel gehüllt. Der Berichterstatter fragt, ob sie, wie sie erklärten, noch beabsichtigen, die Tetuan- und Melillafront anzugreifen, oder ob dies eine Finte sei. Habe Abd el Krim seinen Plan geändert? Es sei unmöglich, über diesen und zahlreiche andere Punkte irgendwelche zuverlässige Informationen zu erhalten. Wenn jedoch die Pläne Abd el Krims unbestimmt seien, so seien es auch diejenigen der Spanier. Würden wirklich Vorbereitungen im Hinblick auf eine große spanische Offensive getroffen, oder seien es vielleicht nur Vorsichtsmaßnahmen gegen einen drohenden Angriff der Rifstämme? Dem Berichterstatter zufolge kann nur gesagt werden, daß die Franzosen entschlossen sind, die Rifstämme aus dem Protektoratsgebiet hinauszutreiben, und daß sie dabei auf keine Hilfe von außen rechnen. Die französischen Streitkräfte seien auch stark genug, um ihr Programm durchzuführen.“

Kurze Nachrichten

Steigen der Gewerbeschloßziffer im Reich. Vom 1.—15. Aug. ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Gewerbeschloßziffer von 197 000 auf 208 000, d. h. um rund 5% gestiegen. Am einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 175 000 auf 188 000 erhöht, während die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger keine Erhöhung aufweist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger unterstützungsberechtigter Angehöriger von Hauptunterstützungsempfängern ist von 251 000 auf 265 000 gestiegen.

Gastfreundschaft Dr. Seigners. Wie die „Volkszeitung für die Oberlausitz“ meldet, ist der ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Seigner in der vergangenen Nacht aus der Strafanstalt Bautzen entlassen worden. Er wurde im Auto nach seiner Wohnung in Leipzig gebracht. Wie das Blatt hört, beabsichtigt Dr. Seigner, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit längere Zeit zu verreisen.

Protestaktion der Bankbeamten. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten beabsichtigt, sich an seine Spitzenorganisation, den Fabund, zu wenden, um eine Protestaktion gegen den im Bankgewerbe gefällten Schiedspruch zu veranlassen, der eine Aufbesserung der Gehälter für die nächsten zwei Monate versagt. — Die Volksische Zeitung erklärt, daß die Stimmung bei den Bankangestellten sehr erregt sei.

Mündigung des Lohntarifes durch die rheinischen Braunkohlenbergarbeiter. Sämtliche Bergarbeiterverbände des rheinischen Braunkohlenreviers haben den zurzeit gültigen Lohntarif zum 30. September 1925 gekündigt. Sie fordern mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine Lohnerhöhung von 35 Proz. Die Forderung wird mit den niedrigen Löhnen und der schwierigen Wirtschaftslage der Bergarbeiter begründet.

Langsame Erholung von der Inflationszeit. Die diesjährigen Untersuchungen des Professors Rudolf Martin in München über die körperliche Entwicklung und den Ernährungszustand von mehreren tausend Volksschulkindern haben ergeben, daß die Nachwirkungen der Inflationszeit auf die Jugend langsam zurückgehen. Die Kinder von sechs bis acht Jahren haben sich sowohl hinsichtlich der Größe als auch des Körpergewichts im allgemeinen schneller erholt, als die Kinder von acht bis zehn Jahren.

Vertrauensvotum für die Danziger Regierung. Nach Abschluß der dreitägigen Debatte hat die neue Danziger Regierung, die sich aus Zentrum, Deutsch-Liberalen und Demokraten zusammensetzt, vom Volkstag mit 65 gegen 36 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Deutsch-Nationalen und die Deutsch-Sozialen.

Zur Bergarbeiterbewegung in Amerika. Wie die „Chicago Tribune“ aus New York meldet, sind alle Bemühungen, den Bergarbeiterstreik zu vermeiden, vergebens gewesen. Der Vorsitzende der Bergarbeitervereine in Amerika, Lewis, hat die formelle Anordnung ausgegeben, am 31. August um Mitternacht in den Streik zu treten. Nach dem „New York Herald“ wird die Zahl der streikenden Bergarbeiter auf 150 000 bis 200 000 geschätzt.

25 Jahre Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag

Aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums, welches vom 27. bis 29. ds. Mts. durch eine Festkammer in Lübeck begangen wird, hat der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag — die öffentlich-rechtliche Spitzenorganisation der 67 deutschen Handwerks- u. Gewerbekammern — eine gut ausgestattete reichhaltige Denkschrift über seine Tätigkeit herausgegeben, aus deren Inhalt wir folgendes mitteilen:

Zweck der Denkschrift soll nicht sein, eine ausführliche Geschichte des Kammertages und seiner Arbeiten zu geben, sondern es sollen nur Wesen und Aufgaben des Kammertages und seiner Mitgliedskörperschaften dargestellt und die wichtigsten Gebiete des Kammertages vollzogen hat. In der Tat stellt die Denkschrift auch keineswegs nur einen nüchternen Tätigkeitsbericht dar. Sie gibt vielmehr ein anschauliches Bild, wie die durch das sogenannte Handwerkergesetz von 1897 geschaffenen Handwerkskammern über die reine Verwaltungstätigkeit einer regionalen Berufsvertretung hinaus durch den Zusammenschluß im Kammertag sich eine Vereinigung für das Reichsgebiet geschaffen haben, die sich unbestritten zum Kernpunkt der allgemeinen Handwerkerbewegung entwickelt hat. Unter ständiger Erweiterung seiner Tätigkeitsgebiete ist der Kammertag organisch zu seiner heutigen Bedeutung herangewachsen. Für die Gebiete der technischen und kulturellen Handwerksförderung, auf denen der Kammertag seiner Natur nach nicht unmittelbar tätig sein konnte, wurden eine Reihe von Einrichtungen geschaffen bzw. unterstützt, die mit dem Kammertag in enger Verbindung stehen. Es sind dies hauptsächlich die wirtschaftswissenschaftliche Institute für Handwerkerpolitik in Hannover, das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe und die Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur in Hannover. Vorwiegend den Bemühungen des Kammertages verdankt auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, der im Jahre 1919 als Zusammenschluß sämtlicher Handwerksorganisationen errichtet wurde, sein Bestehen. Die beiden Körperschaften — Kammertag und Reichsverband — unterhalten eine gemeinsame Geschäftsstelle in Hannover, wo der Kammertag seit seiner Gründung im Jahre 1900 seinen Sitz hat.

Die vorstehend aufgeführte Entwicklung des Kammertages spiegelt sich in den einzelnen Abschnitten der Denkschrift. Nachdem eingangs die lange Entwicklungsgeschichte dargestellt ist, die von der Nationalversammlung von 1848 bis zum Erlaß der Handwerker-Novelle vom 26. Juli 1897 führte, werden Wesen und Zweck des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und seiner inneren Organisation geschildert. Die Darstellung der einzelnen Sachgebiete beginnt mit dem Kapitel über Gewerkepolitik und Gewerkerrecht. Die Arbeiten auf diesem Gebiete sind gewidmet der Ausgestaltung der gesetzlichen und organisatorischen Grundlage für die Entwicklung des Handwerks als Berufsstand. Ein besonderer Abschnitt ist dem hierzugehörigen sogenannten kleinen Befähigungsnachweis gewidmet, der durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung im Jahre 1908 eingeführt wurde und die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung abhängig macht von der Ablegung der Meisterprüfung. Aus den Ausführungen der Denkschrift über das Prüfungs- und Unterrichtswesen im Handwerk ergibt sich, welcher großen Wert das Handwerk von jeher allgemein auf die gründliche Ausbildung seiner Berufsangehörigen gelegt hat. Daß Dank dieser Erziehungsarbeit es dem Handwerk gelungen ist, seinen Umfang zu behaupten, zeigt ein Bild in die der Denkschrift beigegebene Statistik, die auch sonst geeignet ist, die noch vielfach zu beobachtende Unterschätzung des Handwerks durch eine bessere Erkenntnis seiner Bedeutung als Berufsstand zu erweisen. Dabei hat der Kammertag rechtzeitig erkannt, daß der Schwerpunkt des Programms der modernen Handwerkerbewegung im Laufe der Entwicklung sich mehr und mehr auf das wirtschaftliche Gebiet verlagert. Die Fragen der Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik, des Steuerwesens, der wirtschaftlichen Organisation und des Berufswesens, erfahren daher auch eine eingehende Behandlung. Praktisch-wirtschaftliche Arbeiten des Kammertages erforderten die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Übergangswirtschaft und die Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung des Handwerks. Das letzte große Kapitel über die Tätigkeit des Kammertages behandelt die Arbeiten in Fragen der Sozialpolitik und der Sozialversicherung, worin zum Ausdruck kommt, daß das Handwerk befreit gewesen ist, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz starker entgegen gerichteter Tendenzen zu einer Berufsstandsgemeinschaft zu formen. Am Schluß der Denkschrift werden die Gründungsgeschichte und die Tätigkeit der oben genannten Institute und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks behandelt.

Edle und scheinbare Sparsamkeit

Der Vorsitzende des Reichsstadteubundes, Dr. Bessan, hat kürzlich über die Reziprocität der Mitglieder kommunaler Körperschaften zur Ausübung echter Sparsamkeit folgende beherzigenswerte Ausführungen gemacht: „Wer in den städtischen Kollegien arbeitet, ob ehrenamtlich oder befristet, hat die Pflicht, die Werte, an deren Verwaltung er teilzunehmen hat, mit derselben Sorgfalt zu behandeln, die er in seinen eigenen Angelegenheiten zu üben pflegt. Er darf dabei aber nicht übersehen, um ein Vielfaches die Werte der Gesamtheit größer sind als seine eigenen. Die Kunst des Sparsams ist eine Tugend, die volkswirtschaftlich hoch zu bewerten ist; besonders in Zeiten wirtschaftlicher Not wird die Sparsamkeit zur Pflicht jedes Beamten. Man muß jedoch unterscheiden zwischen echter und scheinbarer Sparsamkeit. Die echte Sparsamkeit wird geübt, wenn man alle Ausgaben unterläßt, die zur ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung oder im Interesse der Allgemeinheit oder bei der Erfüllung öffentlicher oder privater Pflichten nicht unbedingt notwendig sind. Die echte Sparsamkeit ist eine selbstverständliche Pflicht, der sich unter den jetzigen Zeitverhältnissen sicher niemand entziehen wird, der ein Gefühl der Verantwortung besitzt. Güten wir uns aber vor der scheinbaren Sparsamkeit, bei der man Ausgaben unterläßt, die später oft um ein Vielfaches nachgeholt werden müssen. Es hat wenig Zweck, bei einer Ausgabenzusammenstellung Abschnitte zu machen, die nur Papierwert haben und von denen man nun vornehmlich genau weiß, daß sie doch nicht durchzuführen sind. Von größter Bedeutung ist es, daß wir uns stets das wohlverstandene Zukunftsinteresse der Stadt vor Augen halten. Kein Vorwurf trifft eine Stadtverwaltung scharfer als der der verpassten Gelegenheiten.“

Reitigung des Kreises Lörach an der Baseler internationalen Ausstellung für Binnen-schiffahrt und Wasserausnutzung 1926. Nach einem Beschluß des Kreisrates wird sich der Kreis Lörach an der im nächsten Jahre in Basel stattfindenden internationalen Ausstellung für Binnen-schiffahrt und Wasserausnutzung beteiligen. Wie verlautet, soll der Lauf der Biese vom Feldberg bis Basel zur Darstellung gelagert.

Badischer Teil

Der badische Staatspräsident an den Gesandten Dr. Adolf Müller-Bern

Der badische Staatspräsident Dr. Fellpach hat an den Deutschen Gesandten in Bern, Dr. Adolf Müller, anlässlich dessen 60. Geburtstages nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Von einer Alpen-Erholungsreise zurückkehrend, empfinde ich das Bedürfnis, mich zwar nachträglich, aber darum in nicht weniger herzlicher Gesinnung denjenigen zuzugewenden, welche Ihnen anlässlich Ihres kürzlich begangenen 60. Geburtstages Glückwünsche dargebracht haben. Ihr Wirken auf einem der exponiertesten diplomatischen Posten in der neutralen Mitte eines durch Kriegswirren zerrütteten europäischen Kontinents hat den schlagenden und glänzenden Beweis erbracht, daß nicht so sehr irgend welche Berufsgeheimnisse der diplomatischen Kunst als vielmehr ursprüngliche politische Begabung, politischer Takt und politische Schärfe die Fähigkeit verleihen, außenpolitische Aufgaben auch in schwierigen Zeitläuften zu meistern. Daß die ärztliche Erziehung, deren Sie einst teilhaftig geworden sind, und die es mir erlaubt, in Ihnen einen besonders nahe liegenden Schicksalsgenossen zu entdecken, Ihnen ein Stück des unberechenbaren Wirklichkeitssinnes mitgegeben hat, dessen auch das politische Wirken in so entscheidendem Ausmaße bedarf, ist mir gewiß. Dem Staatsgefährlichen Vorurteil, als ob bestimmte Parteien im Volke höheren vaterländischen Sinnes seien als andere, haben Sie den Boden durch die Tat entziehen helfen, indem Sie als ein Führer der süddeutschen Sozialdemokratie dem Vaterlande auf Ihrem Gesandtenposten unschätzbare Dienste geleistet haben. Als Badischer Minister des Kultus und Unterrichts gebe ich aber noch der besonderen Verdienste, welche Sie sich durch unermüdete Bearbeitung bei der Verbesserung der materiellen Lage unserer Studentenschaft erworben haben. Ich danke Ihnen für die immer erneuten reichen Spenden, die den Studierenden im Lande Baden durch Sie als Mittler aus der Schweiz zugeflossen sind, namens der Badischen Hochschulverwaltung und der Badischen Staatshochschulen — der stumme Dank von Hunderten, denen jene Zuwendungen zugute gekommen sind, ist Ihnen überdies gewiß. Möchten Sie in wiedererlangter voller Gesundheit und Mäßigkeit noch lange auf Ihrem so wichtigen Posten als Vertreter des Deutschen Reiches bei der uralten eidgenössischen Demokratie am Südufer des Oberrheins wirken!“

Die Getreideernte in Baden 1925

St. L. M. Nach den Ergebnissen der Ende Juli bezw. Anfang August durchgeführten Vorschätzung des Körnerertrags der diesjährigen Getreideernte erzielte die badische Landwirtschaft fast allgemein eine nicht nur nach Güte sondern auch nach Menge erheblich bessere Ernte als im Vorjahr. Dies trifft insbesondere beim Wintergetreide zu, dessen Erträge wesentlich höher geschätzt wurden. Beim Winterweizen stehen 783 000 dz. (oder 15,7 dz. vom Hektar) gegen 614 000 dz. (13,9 dz. v. ha.) des Vorjahrs; beim Winterseidel 313 600 dz. (18,8 dz.) gegen 271 300 dz. (12,2 dz.), beim Winterroggen 611 300 dz. (14,1 dz.) gegen 509 400 dz. Sommerweizen und Sommerroggen wird nur in geringem Umfang gebaut; ihr Gesamtertrag wird auf rund 41 000 dz. geschätzt, die Durchschnittserträge beziffern sich infolge ihrer späten Aussaat und der Trockenheit im Frühjahr immer niedriger (13,0 bezw. 11,1 dz.) als die Winterernten. Kommt günstige Zahlen weist auch die Gerste auf, deren Gesamternte (für Winter- und Sommergerste) auf 771 300 dz. geschätzt wurde mit einem Durchschnittsertrag von 14,3 dz. gegen 704 800 dz. bezw. 12,8 dz. im Vorjahr. Nur der Haferertrag bleibt nennenswert hinter der vorjährigen Ernte zurück, und zwar in der Gesamtmenge mit 684 200 dz. gegen 778 100 dz. und im Durchschnitt mit 12,1 gegen 12,6 dz.

Türkisches Konsulat in Süddeutschland

Das türkische Konsulat in München ist unter Ausdehnung seines Amtsbezirks auf ganz Süddeutschland (ausschließlich Frankfurt a. M.) in ein Generalkonsulat umgewandelt worden. Zur Leitung desselben wurde der türkische Konsul in Konstantinopel (Rumänien) Saidar Mehmed Bey berufen und hat die Amtsgeschäfte bereits übernommen. Konsul Saidar Bey gehörte vor dem Eintritt in die konsularische Laufbahn der türkischen Armee zuletzt als Oberst im Generalstab an. Dem Honorarkonsul Goldberg welcher bisher das türkische Konsulat in München ehrenamtlich verwaltete, wurde bei dieser Gelegenheit der Dank der türkischen Konsularität für seine erfolgreiche Vertretung der türkischen Interessen zum Ausdruck gebracht. Das Konsulat befindet sich bis auf weiteres in München, Elisabethstraße 20 I.

Freiburg der Sitz des Argentinischen Vizekonsuls für Deutschland

Der Direktor der Firma Weil, Eugen Kaufmann, Vahr, wurde von der argentinischen Regierung zum Argentinischen Vizekonsul für Deutschland mit dem Sitz in Freiburg ernannt. Er ist als solcher berechtigt, Urspurszeugnisse, Begleitpapiere usw. für Argentinien zu beschaffen und weiterhin verpflichtet, die Handelsinteressen der beiden Länder wahrzunehmen. Der genannte war lange Jahre in Argentinien und ist ein guter Kenner dieses Landes, was den nach Argentinien exportierenden deutschen Firmen sicher zu Nutzen kommen wird. Das Konsulatsbüro wird im Laufe der nächsten Woche in Freiburg eröffnet werden.

Aus den Parteien

Am 6. September findet in der Festhalle der Süddeutschen Gartenbauausstellung in Ludwigslofen unter Beteiligung der Zentrumsanhänger und der maßgebenden Parteioptionen von Baden, Hessen, Pfalz und Saargebiet eine große süddeutsche Zentrumstagung statt. Auch Reichsminister a. D. Marx hat sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Die Tagung beginnt vormittags 9 Uhr mit einem Festgottesdienst in der Festhalle. Daran schließen sich die Referate von 10—12 Uhr und von 2—6 Uhr.

Zu den Landtagswahlen

Die deutschen Blätter melden, haben sich die Deutschnationalen und der Landbau zu einem „Rechtsblock“ zusammengeschlossen, der als solcher vor die Wähler treten und seine Kandidaten auf denselben Wahlvorschlagslisten präsentieren wird. Im neuen Landtag werden beide Gruppen in Fraktionsgemeinschaft erscheinen.

Die Finanzpolitik der städtischen Betriebe

Die Wirtschaftspolitik der deutschen Städte muß sich heute durchaus die Steigerung der Produktion zum Ziele setzen. Billige Tarife für Elektrizität, Gas, Straßenbahnen usw. beschleunigen die Umstellung veralteter technischer Betriebsarten auf volkswirtschaftlich vorteilhaftere. Danach hat sich die Finanzgebarung der städtischen Betriebe zu richten. Diese dürfen über die Selbstkostendeckung hinaus nicht dazu herangezogen werden, Meingewinne zugunsten der städtischen Finanzverwaltung zu erzielen. Der Kampf um die Betriebsform der städtischen Werke ist zwar noch nicht abgeschlossen. So viel ist aber heute schon klar, daß an den Übergang der Werke in rein privatwirtschaftlichen Besitz ernsthaft kaum noch jemand denkt. Der gemischtwirtschaftliche Betrieb hat empfindliche Mängel und wirtschaftliche Nachteile gezeigt, während die rein kommunale Betriebsform bei Herausnahme der Betriebsverwaltung aus der Zuständigkeit der kommunalen Körperschaften unter eigenen Verwaltungsräten sich in ganzen als leistungsfähige und brauchbare Betriebsform erwiesen hat.

Die Durchführung kaufmännischer Verwaltung und Buchführung ist heute selbstverständlich. Ihr Hauptwert liegt in der Möglichkeit, allmonatlich dem verantwortlichen Leiter der Gemeinde durch Monatsbilanzen einen sicheren Überblick über den finanziellen Stand aller wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde zu geben. Jeder einzelne städtische Betrieb muß selbständig seine Finanzen führen, so daß jedes Erzeugnis einzeln kalkuliert werden kann, so das Kubikmeter Wasser, Gas, die Kilowattstunde Strom, die Straßenbahnfahrkarte usw. Fremde Gesichtspunkte, z. B. solche der Steuerverwaltung, dürfen hier nie mitspielen. Wie diese Grundzüge im einzelnen zu verfolgen sind, legt Oberbürgermeister Dr. Baum in der Zeitschrift „Wasser und Gas“ ausführlich dar. Die Hauptgesichtspunkte der beachtenswerten Arbeit seien im folgenden wiedergegeben.

Grundsatz der Finanzgebarung ist vollkommenste Deckung aller Selbstkosten im weitesten Umfang. Unter den Selbstkosten sind hierbei zunächst einmal sämtliche Kosten des Betriebes und der Verwaltung des einzelnen Betriebes zu verstehen. Unter den Verwaltungsstellen müssen auch die Anteile an den allgemeinen städtischen Verwaltungskosten aufgeführt werden, die auf das betreffende Werk entfallen. Zu diesen unmittelbaren Ausgaben teilen der Selbstkostenrechnung treten Kapitaldienst, Einlagen in die Erneuerungsfonds und Schaffung von Betriebsfonds hinzu. Der Kapitaldienst der städtischen Betriebe ergab sich vor der Inflation ohne weiteres aus der Tilgung der Zinsen und Tilgungsraten der für das einzelne Werk aufgenommenen langfristigen Anleihen oder kurzfristigen Darlehen. An ihre Stelle ist durch die Entwertung für frühere Anleihen zunächst nichts getreten. Es wird aber durch jeden größeren Neubau schon das Konto Kapitaldienst wieder neu belastet und muß daher in der Selbstkostenrechnung erscheinen.

Augenblicklich sind die Städte noch von Zins- und Tilgungszahlungen für ihre kommunalen Anleihen befreit. Diese Befreiung ist unbedingt notwendig, wenn nicht die Gebühren, Preise, Tarife für die gemeinnützigen Waren und Dienste eine außerordentliche Höhe erreichen sollen, wodurch dann der Aufschwung des Wirtschaftslebens künstlich gedrosselt würde. Für die Zeit aber, in der eine Aufwertung der kommunalen Anleihen beginnen kann, muß genau festgestellt sein, mit welchen noch bestehenden Anleihen das einzelne Werk zurecht in Papiermarkt, späterhin in aufgewerteten Betrag zu belasten ist.

Bei der Unterhaltung der Werke muß darauf geachtet werden, daß alle einzelnen technischen Teile stets in bestem Zustande erhalten werden. Technische Neuerungen, die der Rentabilität dienen, sollen nach Möglichkeit verwertet werden. Die städtischen Betriebe sind berufen, Musterbetriebe zu sein. Erneuerungsfonds müssen in einem Maße angeammelt werden, daß bei vorrückender Schätzung der Lebensdauer der einzelnen Teile eines Betriebes nach ihrer Abnutzung die nötigen Reserven aus dem Betrieb entnommen werden können, um die Erneuerung des einzelnen Teiles vorzunehmen. Soweit die Werke mit Anammlung der Erneuerungsfonds über größere Kapitalien verfügen, müssen diese naturgemäß so wertvollständig wie möglich angelegt werden. Zunächst einmal gehört selbstverständlich zum Betrieb des Wertes und seiner Unterhaltung das Vorhandensein und die Erhaltung einer genügend großen Materialreserve. Es ist wünschenswert, daß auch die Mittel der Erneuerungsfonds zum Teil in Materialreserven angelegt werden, wenn es gelingt, zu günstigeren Preisen solche Materialien zu beschaffen, die nach der Lebensdauer eines Teiles des Gesamtwertes als bald zur Beschaffung heranzuziehen (z. B. Kabel, Transformatoren usw.). Es kann auf diese Weise in dem Erneuerungsfonds eine Sicherheitsreserve in sofort greifbarem Material gehalten werden, die bei größeren unvorhergesehenen Ersatznotwendigkeiten (infolge von Inzidenzfällen, Brand usw.) die Unabhängigkeit von den Lieferanten der Industrie ergeben. Naturgemäß darf dieses Materiallager nicht so groß werden, daß sein laufender Zinsverlust die Bilanz des Wertes beeinträchtigt. Kapitalanlagen der Werke müssen in entsprechender Weise angelegt werden, die Auswahl der Anlage wird zweckmäßig der Vermögensverwaltung der städtischen Finanzabteilung auftragsweise übertragen, damit diese in der Lage ist, alle städtischen Kapitalien im Dienste der gesamten Finanzpolitik der Stadt zu verwerten.

Alle Ausgaben der Selbstkosten einschließlich des Kapital- und Fondsdienstes und in normaler Wirtschaft der Erweiterung, müssen die Einnahmen decken. Im allgemeinen sind die Tarife der städtischen Betriebe ihre einzige Einnahmequelle. Sie müssen durchaus nach kaufmännischen Grundsätzen gestaltet sein, d. h. eine mögliche Steigerung des Absatzes der Ware, des Verkehrs, des Umsatzes, der Benutzung usw. zu erreichen suchen durch richtige Staffelung für große und kleine, für dauernde und zeitweise Abnehmer. Das erfordert eine genaue Beobachtung der Nachfrage und der Absatzmöglichkeit, eine geschickte Melde- und eine weitblühende Werbung für die städtischen Betriebe auch seitens derjenigen anderen städtischen Dienststellen, Betriebe, Ämter usw., die mit Fragen befaßt sind, in denen die Leistungen der städtischen Betriebe eine Rolle spielen können (Industrieansiedlung, Wohnsiedlungswesen, hygienische und kulturelle Einrichtungen). Die Tarifpolitik des einzelnen Wertes muß sich von der Startheit der Preise in der Vorkriegszeit, überhaupt von jedem bürokratischen Schema fernhalten. Im Interesse des Wertes liegt fast immer eine Steigerung des Absatzes seines Produktes, eine Erhöhung seiner Leistungen, da diese regelmäßig eine Abnahme des Generalkostenanteils bei der ein-

zelnen Ware usw. herbeiführen oder zum mindesten diejenigen Geldmittel flüssig machen, die technische Verbesserungen, außerordentliche Stärkungen der Erneuerungs- und Betriebsfonds oder außerordentliche Tilgung der aufgenommenen Schulden ermöglichen. Es muß erkannt werden, daß es im Sinne richtiger Wirtschaftspolitik auch eines kommunalen Betriebes liegt, wenn einzelnen Abnehmern mit besonders günstiger Abnahme weitgehende Rabatte gewährt werden.

Soweit sich Forderungen auf Ermäßigung der Gebühren aus Gründen sozialer Fürsorge ergeben, darf sich die Verbilligung nur in einem Rahmen halten, der innerhalb der Selbstkostendeckung seinen Ausgleich durch höhere Tarife an anderer Stelle oder gesteigerten Verkehr findet. Gerade vom Gesichtspunkt der Sozialpolitik aus ist die Forderung zu erheben, daß die städtischen Betriebe ihre Waren und Leistungen nur zum Selbstkostenpreis hergeben, d. h. über den Rahmen der oben geschilderten Selbstkostendeckung hinaus keine Meingewinne zu erzielen. Das ist ja der soziale Zweck der Kommunalisierung dieser gemeinnützigen Dienste, möglichst zu Selbstkosten, nicht nur unter Ausschaltung des privaten, sondern auch des öffentlichen Gewinns ihre Dienste der Bevölkerung der Stadt zur Verfügung zu stellen!

Will man — und in der jetzigen finanziellen Lage der Städte muß man es leider tun — die Betriebswerke zur allgemeinen Finanzwirtschaft der Stadt heranziehen, so muß man sich darüber klar sein, daß man hier indirekte Steuern erhebt, daß es Steuerpolitik ist, aus der heraus von den Betriebswerten die Abführung eines Meingewinns oder einer Konzessionsabgabe oder wie sie sonst heißen mögen, an die städtische Finanzverwaltung gefordert wird. Auch mit dem Wort „Rentabilität“ kann man diesen Steuercharakter nicht decken. Wenn ein kommunaler Betrieb sein Anlagekapital vollständig getilgt hat, muß die Gemeinde geradezu wie bei Schulen, Straßen, Bädern usw., den vorhandenen, neu ihr erwachsenden Wert zinslos als Vermögensobjekt führen. Wie hoch nun die Steuer für das einzelne Werk werden soll, das richtet sich danach, was jedes einzelne Werk über die gebildete Selbstkostendeckung hinaus nach Lage seines Betriebes, seiner Warenmarktverhältnisse und nach Lage der gesamten Wirtschaft an steuerlicher Belastung ertragen kann.

Gemeinde-Rundschau

Ausgestaltung des Forstheimer Natistellers. Die Räumlichkeiten des Forstheimer Natistellers bedürfen dringend einer Erneuerung. Die Kosten für diese Arbeiten betragen ungefähr 84 000 Mk. Im Voranschlag von 1925 waren 18 000 Mk. vorgesehen, von denen aber 7000 Mk. schon verbraucht sind, so daß noch 23 000 Mk. von der Stadt zu bewilligen sind.

Ergebnisse Bürgermeisterversammlungen. Donnerstagabend wurde durch den Bürgerausschuß in Wiesloch die Bürgermeisterversammlung vorgenommen. Da sich die Fraktionen nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, erhielt keiner die absolute Mehrheit. Somit ist ein zweiter Wahlgang notwendig geworden, der in etwa 14 Tagen stattfinden wird. — In Bellenberg findet am Sonntag die dritte Bürgermeisterversammlung statt. Zwei Wahlgänge waren ergebnislos verlaufen.

Der Bürgerausschuß Kastatt genehmigte einstimmig den städtischen Antrag auf Aufnahme eines **Auslandsdarlehens** in Höhe von 550 000 Mk., verzinlich zu 8,8—8,9 Proz. Die Anleihe wird durch die Girozentrale vermittelt werden. Geldgeber ist ein englisches Kreditinstitut.

Erichtung einer elektrischen Feuer-Alarmanlage in Offenburg. Eine elektrische Feuermelde- und Signalanlage wurde dieser Tage in Offenburg dem Betrieb übergeben. Während bisher in Offenburg immer noch nach dem alten System die Sirenen und Sirenen ertönten, wodurch die Wehren beim Ausbruch eines Brandes alarmiert wurden, wird von nun an lediglich eine Mannschaft von 28 Feuerwehrleuten aufgezogen, die im Brandfall mit einem Automobilschlauch zur Brandstelle eilt.

Lahrer Eingemeindungsfragen. Über die Frage der Eingemeindung von Dinglingen in den Gemeindebezirk Lahr beriet eine gut besuchte Versammlung, die in Dinglingen von Raurat Rüggele einberufen war. Die vergleichenden Darstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Gemeinden wurden zur Kenntnis genommen und ein Antrag von über 30 Paragraphen, der bei einer etwaigen Vereinigung abzuschließen wäre, gutgeheißen. Allgemein wurde das Entgegenkommen der Stadt Lahr anerkannt, nur über den Punkt der Ermäßigung der Umlagen — Lahr bietet 10 Proz., Dinglingen verlangt 20 Proz. — soll noch ein besserer Ausgleich versucht werden. Man hofft auf eine Vereinigung der beiden Gemeinden zum 1. April 1926.

Der Bürgerausschuß Mühlheim i. N. genehmigte die Änderung des **Strombezugsstarifs** ab 1. November dergestalt, daß von diesem Tage ab nur noch der für die Konsumenten bedeutend günstigere Raum- bzw. Grundgebührenstarif in Anwendung kommen soll. Ferner wurde die Errichtung einer **Reizschwimmschule** einstimmig beschlossen. Die Pläne zum Ausbau sind fertiggestellt und zwar soll das alte Schulgebäude nebenhaus ausgebaut werden. Durch einen außerordentlichen Solgheiß glaubt man die Mittel zum Ausbau aufzubringen zu können.

Der Bürgerausschuß Wehr bewilligte einen jährlichen Zuschuß von 300 Mark für die **Wiedereröffnung des Bahnhofs Brennet** an der Wiesentalbahn, der bekanntlich seit längerer Zeit geschlossen war. Die Reichsbahn hielt den Bahnhof Brennet der Rheintalbahn für ausreichend und fordert einen jährlichen Zuschuß von 1200 Mark für die Offenhaltung des Wiesentalbahnhofs. Wehr trägt somit ein Viertel dieses Betrages, während die übrigen 900 Mark durch die Gemeinden Oflingen, Wallbach und Oberschwörstadt aufzubringen sind.

Der Bürgerausschuß Wollsch genehmigte die Aufnahme eines Darlehens von 11 000 Mark, welche zur Erhaltung eines Pumpwerks zwecks Verbesserung der **Wasserversorgung** der Stadt Verwendung finden sollen. Außerdem wurde einstimmig eine Vorlage angenommen, die die Erhebung einer **Feuerschutzabgabe** von allen männlichen Personen zwischen 20 und 50 Jahren, welche in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben und in der Feuerwehr keinen Dienst leisten, vorsieht. Von der Abgabe befreit sollen nur beruflich Verbindliche, Arbeitsunfähige und solche, die 30 Jahre der Feuerwehr angehört haben, sein.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Der Hochdruck liegt unverändert über Frankreich und beherrscht weiterhin unsere Wetterlage. Die Island-Ökzone ist ostwärts verlagert. Kleinere Regenschonfronten an ihrem Südrande kommen für Baden nicht in Betracht, dagegen führen nördliche Winde in etwa 3000 Meter Höhe kalte und feuchte Luft heran, die bei uns zu weiterer Wolkenbildung Anlaß geben wird. **Vorausprognose** für Sonntag: zeitweise heiter, mäßig warm, nur vereinzelt leichte Niederschläge, streichweise in Gewitterbegleitung. Für Montag: keine wesentliche Änderung.

Aus der Landeshauptstadt

Südwestdeutscher Heimattag in Karlsruhe

Mit dem raschen Fortschreiten der Vorbereitungen für die „Karlsruher Herbsttage“ geht auch das Programm für den „Südwestdeutschen Heimattag“ seiner endgültigen Festlegung entgegen. Wie in den Vorjahren werden sich wiederum zahlreiche Abordnungen aller Volkstämme aus Baden, der Pfalz und der Saar an diesem Heimattage mit Trachtengruppen oder Festwagen heimatländiger Art beteiligen.

Im Gegensatz zu den früheren Jahren soll diesmal diese heimatländige Kundgebung in erster Linie eine Feier der auswärtigen Gäste sein, die sich wieder einmal in den Mauern Karlsruhes zusammenfinden und besonders mit den geographisch entfernteren gelegenen Volkstämmen Fühlung nehmen sollen. So wird der am 12. Sept. stattfindende Heimatabend in der Hauptsache der Treffpunkt aller auswärtigen Besucher sein. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben den Veranstalter die Lehre gegeben, daß der Heimatabend weniger für die Einwohnerschaft gedacht werden kann, wenn nicht die Gäste, wie es im letzten Jahre vorkam, sich benachteiligt fühlen sollen. Wenn der Andrang sehr stark ist, ist eine Parallelsitzung im Konzerthaus vorgesehen, sobald auch die Karlsruher Bevölkerung Gelegenheit hat, an diesem Abend mit den auswärtigen Besuchern zusammenzufinden. In den letzten Tagen haben verschiedene Werbeveranstaltungen für den Heimattag stattgefunden, die einen überraschenden Eindruck hinterließen. Überall wurden die Vertreter der Stadt Karlsruhe mit Begeisterung empfangen. Im Schwarzwald sieht die Bevölkerung mit freudiger Erwartung dem Besuch entgegen. Nachdem die Hauptarbeiten der Ernte erledigt sind, freut sich jung und alt, einige Stunden in Karlsruhe verleben zu dürfen. Auch im Saarland und in der Pfalz hatten die Versammlungen einen starken Erfolg. Die dortige Bevölkerung weiß den Karlsruhern nicht genug Dank, daß sie ihr Gelegenheit geben, wieder einmal auf freiem Boden mit den deutschen Stammesbrüdern zusammenzufinden und ihrer Heimatliebe in Wort und Lied Ausdruck geben zu dürfen. Die Beteiligung aus der Saar wird besonders stark sein; mehrere Festwagen mit den Trachtengruppen der Saar, Bergamannskapellen und Sängervereine werden die Besucher aus der Saar nach Karlsruhe begleiten. In den nächsten Tagen finden noch Werbeveranstaltungen im Frankenland statt.

Maßgebend bei der Durchführung des ganzen Programms war der Gedanke, daß der Heimattag nicht in unverfälschter und ungekünstelter Weise bei den Trachtengruppen auch im Festzuge zum Ausdruck kommen muß; wo es sich um historische oder gewerbliche Gruppen handelt, sollte kein theatralischer Kitsch geboten werden. Aus diesem Grunde legten sich die Veranstalter mit verschiedenen hiesigen Künstlern in Verbindung, die bei der Zusammenstellung der Festwagen ihre tatkräftige Unterstützung leihen. Der Festzug findet erst um 2 Uhr mittags statt. Diese Maßnahme erwuchs den im letzten Jahre gemachten Erfahrungen, nach denen sich die Teilnehmer und Zuschauer nach Schluß des Tages in die Lokale ergossen und bei dem Massenandrang mit der Mittagsverpflegung in Schwierigkeiten kamen.

Auch die Strecke, die der Festzug diesmal durchzieht, hat eine andere Anordnung erfahren. Der Zug stellt sich in der Kaiserallee mit der Spitze am Mühlburgertor auf, bewegt sich durch die Kaiserstraße bis zur Karlstraße, nimmt hierauf seinen Weg durch die Herren-, Erbprinzenstraße bis zum Rondellplatz über die Karl-Friedrichstraße zur Kaiserstraße und geht dann durch sie weiter nach dem Osten der Stadt bis zum Durlachertor, umzieht den Platz vor der Bernhardskirche, die Kaiserstraße zurück bis zur Kronenstraße, durch die Müppurrer- und Herderstraße nach dem Festhalleplatz, wo er sich auflöst. Dadurch, daß die Strecke Durlachertor-Kronenstraße zweimal durchlaufen wird, haben auch die Festzugsteilnehmer selbst Gelegenheit, den Zug zu sehen. Der Straßenbahverkehr wird während des Festzuges völlig ruhen. Flugzeuge der Badischen Luftverkehrsgesellschaft werden dem Festzug vorausfliegen. Der Beginn des Festzuges wird durch 21 Salutsschüsse bekanntgegeben werden. Gegen 4 Uhr wird der Vorbereitungsdruck der Straßen der Stadt beendet sein. Die Karlsruher Einwohnerschaft wird durch Besichtigung der Häuser auch dem äußeren Stadtbild einen festlichen Anstrich geben.

Badisches Landestheater. Die Vorproben zu den ersten Aufführungen der am Samstag, den 5. September beginnenden neuen Spielzeit nehmen seit länger als einer Woche alle künstlerischen und technischen Kräfte in Anspruch. Im Schauspiel befinden sich fünf Werke in Vorbereitung, nämlich die Erstaufführung der beiden Stücke des „Ruffischen Komödienabends“: „Er ist an allem schuld“ von Leo Tolstoi und „Die Geirat“ von Nikolai Gogol, sowie Kleists Tragödie „Penthesilea“, mit deren Neuestudierung die Spielzeit eröffnet werden soll. Zugleich haben auch die Proben für die Neueinstudierung von Schillers „Kabale und Liebe“ begonnen; das Drama wird am Mittwoch, den 9. September zur ersten diesjährigen Aufführung kommen. Als zweite Erstaufführung geht sodann im Konzerthaus am Sonntag, den 13. September der Schwank „Der Narrenzettel“ von Julius Kohl in Szene. In all den genannten Stücken werden die neuengestellten Mitglieder Gelegenheit haben, sich dem Publikum zum erstenmal vorzustellen. — Auch Proben für die ersten Opernvorstellungen der neuen Spielzeit sind unter der musikalischen Oberleitung von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner seit über einer Woche in vollem Gange. Nur durch die äußerste Anspannung des gesamten Opernpersonals ist es möglich, für die erste Theaterwoche die geplanten vollkommenen Neueinstudierungen von 4 größeren Opernwerken durchzuführen.

Große Schweizer Kunstausstellung. Am morgigen Sonntag muß die Große Schweizer Kunstausstellung unidirektuell ihre Pforten in der Stadt. Ausstellungshalle schließen. Wer also in den dortigen Räumen das gesamte Material besichtigen sehen will, muß jetzt noch hingehen. Wie hoch die Bedeutung der Ausstellung auch auswärts eingeschätzt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß sowohl von Berlin, wie von Frankfurt und Köln aus Schritte unternommen wurden, die Ausstellung zu übernehmen. Wie die Dinge liegen, ist es jedoch gänzlich ausgeschlossen, daß das gesamte hier aufgestellte Material weiter geleitet wird; es könnte sich, wenn außerhalb eine solche Ausstellung zustandekommt, nur um Teile der hiesigen Ausstellung handeln. Am Sonntag treffen noch etwa 30 Mitglieder des Kunstvereins Basel zum Besuche der Ausstellung ein. Dem Publikum ist hierbei Gelegenheit gegeben, unter sachmännlicher Führung die Werke zu besichtigen. Die Ausstellung ist am Sonntag von 9—1 und 2—6 Uhr geöffnet.

Die Sänger der Römischen Kastraten, bestehend aus den Chören von San Pietro Vaticano, San Giovanni Laterano, Santa Maria Maggiore und Sigrinische Kapelle, im ganzen 68 Sänger, darunter 28 Knaben, unter Leitung ihres Maestro, Monsignore Raffaele C. Casimiri, veranlassen im Frühherbst dieses Jahres ihre zweite Reise durch Deutschland. Der Chor in seiner jetzigen Zusammenlegung bedeutet den Begriff und das Wesen des musikalisch Erhabenen, durch die Eigenart, durch die Höhe chorischer Schulung, die aus dem gesanglichen Leistungen spricht, wie durch die Meisterwerke der großen Polyphonen des capella-Sings, die bei der besonderen Berücksichtigung der römischen Schule, die Programme der Abende bilden. Offertorien und Motetten von

Kaleftrika herrschen darin vor; ferner noch Werke von Orlando di Lasso, Vittoria, Kirmin Le Del usw. Dem einzigen Konzert bei uns, das im großen Festballsaal am 5. September, abends 8 Uhr, stattfindet, muß man dabei mit größtem Interesse entgegensehen. Der Vorverkauf findet in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstraße 39 eine Kreppe hoch statt.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus: Heute Samstag, 29. August gelangt die Operette „Wiener Blut“ von Johann Strauß bei Wochentagspreisen (alle Ermäßigungen gültig) zur 2. Aufführung. Morgen Sonntag Abend 7 Uhr wird das Werk zum 3. und letzten Male gegeben. Für Sonntag Nachmittag 3 Uhr ist eine Volks- und Fremdenvorstellung des Schlägers „Gräfin Mariza“ bei kleinen Preisen angelegt. „Gräfin Mariza“ wird vielen Wünschen entsprechend als Abschiedsvorstellung am Montag, 31. August zur Darstellung gebracht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 29. Aug. Geheimrat Prof. Dr. Aug. Bernthsen in Heidelberg der in allen Kreisen hochgeschätzte Gelehrte, vollendet heute sein 70. Lebensjahr.

Dr. Mannheim, 29. Aug. Wie der Polizeibericht meldet, ist der 26 Jahre alte Lohnrechner Georg Schädel aus Rohrbach bei Heidelberg, der bei einer Mannheimer Firma beschäftigt war und Lohngehälter in Höhe von 7700 Mark unterschlug, flüchtig gegangen. Desgleichen hat der verheiratete Bürohilfe Emil Rung einer Mannheimer Firma 10 000 M., die er von der Bank abholen sollte, veruntreut. Auch er ist flüchtig.

Schwoyngen, 28. August. Am 24. August wurde im Walde zwischen Schwyngen und Hohenheim ein fremder Mann überfallen. Dieser war mit einem anderen Manne mit dem Ruge von Mannheim nach Schwyngen gefahren. Auf die Hilferufe kamen Leute herbeigeeilt, welche den inzwischen flüchtig gegangenen Täter verfolgten. Der benachrichtigte Gendarmerie von Schwyngen gelang es, den Täter in der Person des Oskar Dorn von Hohenheim, wohnhaft in Mannheim zu ermitteln. Er wurde festgenommen. Der Täter hatte es auf den Geldbetrag abgesehen gehabt, den der Belegte bei sich hatte.

Dr. Baden-Baden, 28. Aug. Die Rennwoche erreichte mit dem heutigen Tag ihren Höhepunkt. Es kam der Große Preis von Baden zum Austrag. (Großer Preis von Baden. Ehrenpreis dem Privatbesitzer des Siegers, gegeben vom Internationalen Club und 70 000 M., Ehrenpreis dem Privatbesitzer des Siegers und 50 000 M. dem ersten, 12 000 M. dem zweiten und 5 000 dem dritten, 3000 M. dem vierten Pferd.) 10 Pferde liefen, darunter drei Ausländer, zwei österreichische und ein ungarisches. 1. Hauptgepflüß Alfelds Witi, 2. Freiberger S. Mfr. von Oppenheims Weidhorn, 3. Stall Hönwalts Agott.

Dr. Engen, 28. August. Eine gräßliche Aufklärung fand die Ursache des vorgestrigen Brandes. Bei den Aufräumungsarbeiten an den beiden abgebrannten Lagerhallen am hiesigen Bahnhof fand man unter den Trümmern das Skelett eines Menschen. Zwischen Talmühle und Engen wurde im Verlaufe des Vormittags im Walde das Auto des Besitzers der Hallen, des Maschinenhändlers H. K. Feiß in Engen gefunden. Da bei Ausbruch des Brandes in der Umgebung der Hallen eine Explosion gehört wurde, nimmt man an, daß Feiß das Feuer selbst angelegt hat und bei der Explosion des Benzins ums Leben gekommen ist. Die Verleumdung der Leiche wurde einmündig durch den Ehreng und durch die noch vorhandenen Kleiderreste festgestellt.

Dr. Konstanz, 28. Aug. Der am 22. Juli vom Schwurgericht Konstanz wegen Ermordung des Landwirts Johannes Schäfer auf Buchhof bei Heiligenberg zum Tode bezog. 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Emil Mayer, sowie auch die der Mittäterschaft beschuldigte und verurteilte Frau Schäfer haben gegen das verhängte Urteil Revision eingelegt. Die Schäfer bleibt bis zur Entscheidung der Revision im Kreisgefängnis Konstanz, während Mayer, der in den letzten Tagen bewacht werden mußte, aus besonderen Umständen am letzten Mittwoch, wie bereits gemeldet, in das Zuchthaus nach Bruchsal überführt wurde.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 27. August 1925

Börse: Das Geschäft an der Börse war ziemlich schwach. Nachdem über ein halbes Jahr die Börse unter schwerem Druck gestanden war, hatte es in der letzten Berichtswocche den Anschein, als ob ein gewisser Umschwung eingetreten und namentlich der Druck von den Effektenmärkten weichen sollte. Es spielten da verschiedene Umstände mit, vor allem wohl die Meldungen über einen günstigeren Fortgang der Stimmstimmung. Besonders ermutigte auch, daß nach der Erlebigung der Zoll- und Steuerentlastungen nun doch ein fester Boden geschaffen worden war, auf dem die Wirtschaft weiter arbeiten konnte. Im weiteren Verlauf wich jedoch die Tendenz. Auch die mehr optimistische Beurteilung der französischen Antwortnote auf den deutschen Sicherheitsvorschlag änderte nichts daran und die Tendenz blieb unsicher und abwartend. Es wurde deutlich, daß für eine festere Börsenlage zu Beginn der Woche mehr markttechnische als wirtschaftliche oder politische Gründe maßgebend gewesen waren.

Geldmarkt: Trotz des bevorstehenden Ultimoterminals war der Geldmarkt leicht. Man rechnet mit einer glatten Abwicklung der Ultimoterpflichtungen, da die Banken reichlich und frühzeitig Vorsorge getroffen haben. Es muß aber wiederum hervorgehoben werden, daß der Vorkriegsgeldmarkt kein richtiges Bild von der gesamten geldwirtschaftlichen Lage gibt, da er lediglich für erste Firmen und Banken Bedeutung hat und zur Verfügung steht. Auf dem für die Wirtschaft in Betracht kommenden Geldmarkt, dem Markt für Wirtschaftskredite, herrscht nach wie vor außerordentliche Knappheit.

Produktenmarkt: Die Weltgetreidemärkte waren ziemlich unsicher. Auf den deutschen Produzentenmärkten gaben die Preise nach. Die Landwirtschaft bezieht sich, wohl als Folge ihres Geldbedarfs, mit dem Ausbruch, so daß das Angebot in Brotgetreide eine Zunahme erfahren hat. An der Berliner Produktionsbörse notierten Weizen 250 (plus 9), Roggen 170 (minus 11), Wintergerste 185 (minus 12), Hafer 175 (minus 20) Mark je pro Tonne und Mehl 33% (minus 1%) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Der Kampf der Regierung um den Preisabfall vor allem den Kartellauswüchsen und dem parasitenartigen Zwischenhandel gelten. Es muß klar erkannt werden, daß die Ursache der Preisrückgang nicht in einer übermäßigen Steigerung der Erzeugerpreise, sondern in der überproportionalen Spanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis liegt. Während vor dem Kriege die Verteuerung der Waren vom Erzeuger zum Kleinhandel etwa 25 Proz. betrug, beträgt sie heute 45 Proz., das sind 80 Proz. mehr als im Frieden. Weiter muß hervorgehoben werden, daß die Hauptsteuerung weniger bei den Erzeugern der beratenden Industrie, als bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs, also bei den Lebensmitteln und bei Bekleidungsgegenständen, die etwa 65 Proz. der Löhne und Gehälter verschlingen.

Börsenmarkt: Die Preise sind weiter gestiegen.

Holzmarkt: Auf den Rohholzpreisen haben die Preise eine kleine Abschwächung erfahren. Das Geschäft war sehr lebhaft.

Badisches Landestheater

Badisches Landestheater Karlsruhe
Spielplan für 5.-15. September 1925

Im Landestheater:
Samstag, den 5. September. * A 1. Th.-Gem. 101 bis 200. Neu einstudiert: **Benfleska**. 7 1/2 bis gegen 10 Uhr. (5.20).
Sonntag, den 6. September. * B 1. Res. einstudiert und in neuer Inszenierung: **Der Freischütz**. 7 bis 10 1/2 Uhr. (8.40).
Montag, den 7. September. Keine Vorstellung.
Dienstag, den 8. September. * C 1. Th.-Gem. 1 bis 100. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: **Der widerwärtigen Jähmung**. Oper von Gog. 7 1/2 bis gegen 10 1/2 Uhr. (7.40).
Mittwoch, den 9. September. * F 1. Th.-Gem. 201 bis 300. Neu einstudiert: **Rabale und Liebe**. 7 bis gegen 10 1/2 Uhr. (5.20).
Donnerstag, den 10. September. * E 1. Th.-Gem. 301 bis 400. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: **Der Wildschütz**. 7 1/2 bis gegen 10 1/2 Uhr. (7.40).
Freitag, den 11. September. * D 1. Th.-Gem. 401 bis 600. **Benfleska**. 7 1/2 bis gegen 10 Uhr. (5.20).
Samstag, den 12. September. * G 1. Th.-Gem. 501 bis 600. **Russischer Kamdiener**. Zum ersten Mal: a. Er ist an allem Schuld (Komödie von Leo Tolstoj); b. Die Heirat (Grotteske von R. Gogol.) 7 1/2 bis 10 Uhr. (5.20).
Sonntag, den 13. September. * A 2. Neu einstudiert: **Lohen-grin**. 6 1/2 bis gegen 11 Uhr. (8.40).
Montag, den 14. September. * Volksbühne 1. **Der Traum ein Leben**. 7 1/2 bis 10 Uhr. (5.20). Der IV. Rang ist zum allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 15. September. * C 2. Th.-Gem. 601 bis 700. **Der Wildschütz**. 7 1/2 bis gegen 10 1/2 Uhr. (7.40).

Im Konzerthaus:
Sonntag, den 13. September. * Zum 1. Mal: **Der Narrenzettel**. 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. (4.20). (Ein fröhliches Spiel von Bohl).
In den Preisen sind die Sozialabgabe und das Programmheft inbegriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorverkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 29. August nachm. 4 1/2 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 31. August an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Montag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9 bis 1, 4 bis 5 Uhr).

Einlösung des Abonnements für die 1. Rate vom 28. August einschließl. 1. September; ab 3. September Hausung gegen eine Gangegebühr von 20 Pf. Preise für drei Vorstellungen 15.40, 14.50, 12.10, 10.60, und 7.10 Mf.

Anmeldung von Neu-Abonnements und nähere Auskunft bei der Theaterkasse (Vorverkauf). Kassenstunden 10 bis 1 und 1/4 bis 5 Uhr.

Während der Karlsruher Herbsttage:
Festwoche des Badischen Landestheaters vom 3. bis 11. Oktober 1925.

Geschäftliches

Die heutige Nummer enthält eine Beilage betr. Heimattag der Landeshauptstadt Karlsruhe, auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Karlsruher Herbsttage

September Oktober 1925



Kulturelle, wirtschaftliche und sportliche Veranstaltungen / Ausstellungen und Märkte / Kongresse und Tagungen / Große zahnhygienische Ausstellung vom 5. - 13. September; Neuheitenausstellung im Inzallatent- und Klempnergewerbe vom 19. - 30. September; Betriebstechnische Wanderausstellung des Vereins deutscher Ingenieure vom 10. Oktober bis 2. November / Festwoche des Badischen Landestheaters / Große Chor- und Orchesterkonzerte (Beethoven: 9. Symphonie; Bruckner: f-moll-Messe; Franz Philipp: Friedensmesse; Großes Kirchenkonzert in der Christuskirche) / Kongress für Musikalität / Feier des hundertjährigen Bestehens der Technischen Hochschule Friederichs-Universität / Schaufensterwettbewerb des Karlsruher Einzelhandels

Südwestdeutscher Heimattag 12. u. 13. Septbr.
Heimatabend / Heimattag: Trachten aus dem Frankenland, Schwarzwald, Karlsruher Pfalz und der Saar, heimatkundliche und gewerbliche Gruppen
Auskunft und Prospekte: Verkehrsverein Karlsruhe, Geschäftsstelle Rathaus

Festhalle

Samstag, 5. September, 8 Uhr
Einziges Konzert
Die Sänger der Römischen Basiliken
San Pietro-Vaticano, Santa Maria Maggiore, San Giovanni Laterano

Sixtinische Kapelle

Leitung: **Monsignore C. Casimiri**
60 Sänger, darunter 28 Knaben im Ornat
Aus dem Programm: Offertorien, Responsorien, Motetten von Palestrina, da Viterrio, Firmin le Bel, Orlando di Lasso u. a.
Karten von M. 2.- bis 8.- bei

Kurt Neufeldt, Waldstraße 39

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus

Morgen Sonntag den 30. August, abends 7 Uhr
Die melodische Operette des Walzerkönigs
Wiener Blut
von Johann Strauß
Sonntag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr
und abends 7 1/2 Uhr zum letzten Male
Gräfin Mariza
von Emmerich Kalman
Abschieds-Vorstellungen

Architekt

Sucht ledigen, künstlerisch begabten Kollegen zur Mitarbeit. Bei Konvention Lebensstellung durch Nachfolge.
Angebot mit Lebenslauf unter E. 648 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Harmonium

2 Reg. Mark 238.-
9 Reg. Mark 297.-
13 Reg. Mark 411.-
Zahlungserleichterung
K Frankfurterstr. 948

LANG

Kaiserstr. 167 / Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Hämorrhoiden

Vollständige schmerzlose Dauerbeseitigung ohne Verunstaltung. Gratiusschnitt durch E. 641
F. A. Ammon, Diepholz 16.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie

Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Nömbert
Band XII:
Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programme und programmatische Kundgebungen

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.

Katzenreibe

In der Gemeinde Kallnau Amt Waldkirch (Industrieort mit nahezu 3000 Einwohnern) ist die Stelle des Verwaltungsratschreibers als bald zu besetzen. Berufsmäßige, in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, Rechnungs- und Grundbuchwesen erfahrene Bewerber wollen sich unter Einreichung von selbstverfaßtem und geschriebenen ausführlichem Lebenslauf mit Bildungsgang und lückenlosen Dienstzeugnissen melden. Ebenso wollen gewünschte Vergütung und Eintrittsmöglichkeit angegeben werden. E. 647
Kallnau, 25. August 1925.
Der Gemeinderat.
R. Oppert, Bürgermeister.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Kreisliche Gerichtsbarkeit.
B. 628. Offenburg. Die Geschäftsaufsicht über die Firma Gaffner u. Burghart, Marmor- u. Baumaterialienhandlung, Zementgeschäft in Offenburg. Inhaber Ludwig Gaffner in Offenburg, ist durch rechtskräftige Bestätigung des abgeschlossenen Zwangsvergleichs benannt.
Offenburg, 25. Aug. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts I.

Jagd-Verpachtung.

Die Ausübung der Jagd auf hiesiger Gemarkung (Feld- und Waldjagd) wird am Dienstag, den 1. September 1925, vormittags 1/2 12 Uhr, auf dem Rathaus dahier auf weitere sechs Jahre öffentlich verpachtet. Die Jagd ist in zwei Bezirke eingeteilt, und zwar umfassen der Bezirk I 1105,05 ha, Bezirk II 614 ha.
Als Bewerber werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des Bezirksamts nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet. Der Entwurf des Jagdverpachtungsvertrags sowie Blaupläne über die Einteilung der Jagdbezirke liegt auf dem Rathaus zur Einsicht auf.
E. 617
Siedheim, 5. Aug. 1925.
Der Bürgermeister:
F. Lachs.

Verh. Bekanntmachungen

Zwei Brückenumbauten auf der Hauptbahn zwischen Rippheim und Orschweier nach den vorläufigen Verdingungsbedingungen vom 1. Juni 1924 der Reichsbahndirektion Karlsruhe zusammen öffentlich zu vergeben. Insgesamt etwa 14 ctm Mauerwerk, 92 ctm Widerlagerbeton, 22 ctm Deckenbeton (einbetonierter Träger), 76 qm Betonabdeckung, 4,5 ctm Sandsteinplatten, 2000 kg Eisen, 96 ctm Mauerabbruch und Verlegen von zwei eisernen Tragwerken. Verdingungsunterlagen liegen hier zur Einsicht auf. Abgabe des Verdingungsanschlages gegen Kostenerhalt von M. 3.- und der Zeichnungen, soweit der Vorrat reicht, gegen M. 3.- für jede Brücke. Angebote verschließen, postfrei, mit entsprechender Aufschrift bis längstens zum Eröffnungsterminpunkt, Montag, den 14. September d. J., abends 5 Uhr, hierher einzureichen. Ablauf der Zuschlagsfrist 12. Oktober d. J. Offenburg, den 19. August 1925. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bahnbauinspektion.

Erdb., Mauerwerk, Beton- und Eisenbetonarbeiten für die Verlängerung der Feuerpuggrube in Adolfszell werden nach den vorläufigen Verdingungsbedingungen der Reichsbahndirektion Karlsruhe öffentlich vergeben: Etwa 380 ctm Erdbausubst., 120 ctm Ausschüttung, 30 ctm Beton, 50 ctm Eisenbeton und 3500 kg Rundstahl u. dgl. Pläne und Bedingungen liegen bei uns und der Bahnbauinspektion in Adolfszell zur Einsicht auf. Keine Abgabe nach auswärt. Angebotsvorbrude gegen Entrichtung von M. 1.- Angebote verschließen, postfrei mit Aufschrift „Feuerpuggrube Adolfszell“ spätestens bis Eröffnungstermin Dienstag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, an uns einreichen. Zuschlagsfrist eine Woche. Konstanz, den 26. August 1925. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bahnbauinspektion. B. 630